

Erich Mühsam Tagebücher

Band 14
1923 – 1924

Herausgegeben von Chris Hirte und Conrad Piens
mit einer Nachbemerkung von Chris Hirte

Die Inflation strebt ihrem absurden Höhepunkt zu, Deutschland stöhnt unter der Last der Reparationen, das Volk hungert, die Spekulanten feiern, in Bayern wird die Diktatur ausgerufen, Hitler scheitert mit seinem Putschversuch und wird in einem aufsehenerregenden Prozeß zu Festungshaft verurteilt ...

Es sind ereignisreiche und hochdramatische Monate, die Mühsam in diesem 14. Band seiner Tagebücher verfolgt und aus seiner einzigartigen Sicht kommentiert – mit tiefgreifenden Erörterungen der politischen Spannungen und Auseinandersetzungen, mit brillanten polemischen Paraden: Er ist keiner Partei verpflichtet, nur dem unbestechlichen Blick des linken Zeitkritikers, der die Weimarer Republik auf dem Weg in die Katastrophe sieht – und dem nichts entgegenzusetzen hat als den Glauben an die Revolution und seinen Appell an die Kraft der Schwachen.

Das aktuelle Sach- und Personenregister zu diesem Band, auch zum Ausdrucken, finden Sie unter www.muehsam-tagebuch.de

VERBRECHER VERLAG

Wir danken der Handschriftenabteilung des Instituts für Weltliteratur
A. M. Gorki der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau,
und dem Literaturarchiv der Akademie der Künste, Berlin, für die
Bereitstellung der Originaltexte.

Heft 39

28. September – 18. Dezember 1923

7

Heft 40

20. Dezember 1923 – 14. April 1924

283

Nachbemerkung

501

Erste Auflage
Verbrecher Verlag Berlin 2018
www.verbrecherei.de

© Verbrecher Verlag 2018
Satz: Christian Walter

ISBN: 978-3-940426-90-1

Printed in Germany

Heft 39

28. September – 18. Dezember 1923

Niederschönenfeld, Freitag, d. 28. September 1923

Ich kann dies Tagebuch mit einer Eintragung neu beginnen, die viel Hoffnung in sich trägt, es werde das letzte Heft sein, das noch in bayerischer Ehrenhaft angelegt wird. Der Stein ist im Rollen. Endlich. Ich habe das Gefühl, wie wenn nach langem lähmenden Druck, nach schwüler Windstille, während dessen sich Gewölk schwarz zusammzog und die Atmosphäre mit Elektrizität füllte, der erste Blitz aufgezuckt wäre, und nun horchen wir gespannt auf den dumpf heranrollenden Donnerschlag. Knilling ist von Berlin zurück, und während die Reichsregierung eine merkwürdig lahme Proklamation losläßt, die die Aufgabe des passiven Widerstands verkündet, und das weitere Verhalten davon abhängig macht, ob kein Stück von Deutschland losgerissen wird (was nie in Poincarés Programm gestanden hat) und ob Amnestie und Rückkehr der Verurteilten und Vertriebenen zugestanden wird, – erläßt die bayerische Regierung eine eigne Kundgebung. Knillings Zustimmung zur Preisgabe der bisherigen Methode wird zugegeben, zugleich berichtet, was er statt dessen und zwar ohne Unterstützung von irgend einem Kollegen gefordert hat: Auch weiterhin keine Verhandlung mit dem Feinde, Nichtigkeitserklärung des von Frankreich gebrochenen Versailler Vertrags etc., das ganze ABC der Deutschnationalen. Die Erregung über den Ausgang der Ruhraktion sei so groß, daß außerordentliche Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Bayern erforderlich seien. Daher wird über Bayern der

Ausnahmezustand verhängt (merkwürdig: sooft ein bayerischer Ministerpräsident nach Berlin fährt, muß über Bayern der Belagerungszustand erklärt werden), und zwar dergestalt, daß ein Generalstaatskommissar über das ganze Land eingesetzt wird, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen ist, wobei alle verfassungsmäßigen Rechtsgarantien, die in Reich und Bayern Pressefreiheit, Freizügigkeit, Postgeheimnis etc verbürgen, aufgehoben werden. Der Erwählte aber ist – Herr Dr. v. Kahr. Kahr Diktator Bayerns: Kahr Befehlshaber über jede Behörde, Chef Schweyers und der Polizeimacht – omnipotent. Das ist eine so völlige Kapitulation der bayerischen Regierung vor den Vaterländischen Verbänden, daß dagegen die Retirade des Reichs vor Poincaré wie ein Siegesmarsch aussieht. Also der zweite Kahr-Putsch. Wieder ein »trockener« Putsch wie der vom März 1920, bei dem der Schein der Legalität gewahrt werden soll. Es ist kaum zu zweifeln, daß dieser neue Putsch nicht »trocken« bleiben wird. Ich fürchte, er wird außerordentlich blutige Formen annehmen. Man muß die Ultimata der Vaterländischen kennen und dazu die Rolle, die Kahr, ihr Vertrauensmann als Propagandist ihrer Forderungen bis zum letzten Tage gespielt hat. Grade eben wird der Wortlaut einer Rede veröffentlicht, die er letzten Sonntag vor den Vaterländischen Verbänden in Aschaffenburg gehalten hat, und die man also als das Programm der jetzt in Bayern einzusetzenden Politik betrachten kann. Da hat er gegen die neuen Steuern in einer ganz unzweideutig zum Steuerstreik auffordernden Weise scharf gemacht, zugleich erklärt, daß man bei aller Liebe zum großen Deutschland für das Reich »Weimarer Struktur« keinen Finger rühren werde und gegen die Marxisten in einer Weise vom Leder gezogen, die einem offenen Kampf gleichkam, zumal zugleich die Wehrhaftmachung aller nationalen Kreise verlangt wurde. In diesem Zusammenhang müssen alle die Vorgänge betrachtet werden, die unmittelbar vorausgingen: die Erklärung der bayerischen

Verkehrsbeamten (angeblich hat Radbruch deswegen Hochverratsverfahren anhängig machen lassen), die Sezession der Lent-Franken von der Deutschen Volkspartei und zumal die Ernennung Hitlers zum politischen Führer aller Kampfverbände der Vaterländischen, die bereits eine eigne Hitlersche Proklamation zur Folge hatte, worin er die Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei auffordert, bei Vermeidung des Ausschlusses binnen 10 Tagen aus allen übrigen Kampforganisationen aus- und in seine Reichsflagge bzw. Oberland einzutreten. Interessant ist auch die gleichzeitige Kundgebung des bayerischen Industriellenverbands, also derer, ohne deren Finanzierung sich die ganze Herrlichkeit keine 24 Stunden halten könnte. Die stellen sich noch in der Sache selbst ganz unschuldig, bekennen sich zum Deutschen Reich und verlangen – hier enthüllt sich alles – von den Arbeitern Opfer, die bisher nur die Unternehmer getragen hätten(!), nämlich Beseitigung des »schematischen« 8Stundentags, höhere Leistung und verminderte Löhne. – So sieht die Situation aus, soweit wir sie im Augenblick übersehen können. Das Weitere kommt erst, und da man die Befehle der Vaterländischen an die Knillinge kennt – ist es nicht schwer vorauszusehn, womit ihr Vertrauensmann Kahr, also der Willensvollstrecker der vom Professor Bauer redigierten Programme, beginnen wird. Das ist zunächst Auflösung aller proletarischen Hundertschaften und der sozialdemokratischen Sicherheitsabteilungen. Werden sie sich auflösen lassen? Werden sie den Generalstreik wagen? Was wird Auer tun, um ihn zu verraten und wie weit wird es ihm diesmal gelingen? Man kann nichts davon prophezeien, und nur soviel sehn wir, daß Post und Eisenbahn bis jetzt noch funktionieren, also bis jetzt kein Generalstreik da ist. – Wie weit sich die politischen Ereignisse in unserm eignen Erleben auswirken werden, muß ebenfalls erst beobachtet werden. Die Briefzensur wird seit einiger Zeit äußerst rigoros gehandhabt. Vielleicht werden wir von morgen ab auch wieder mit

Zeitungen so dran sein wie nach der Ermordung Rathenaus. Folgender Vorfall aber zeigt, daß die Verwaltung schon jetzt kein Geheimnis vor uns daraus macht, daß die politische Lage für Extramaßnahmen maßgebend ist. Hanna Ritter hatte sich beim Gustl Sandtner für Montag angemeldet, nachdem ihr der Besuch zugestanden war. Heute bekam er die Eröffnung, die Besuchserlaubnis werde »mit Rücksicht auf die Verhältnisse im Reich und den Ausnahmezustand in Bayern« widerrufen. Wir haben uns also auf böse Dinge gefaßt zu machen. Aber zunächst haben wir gar keine Ursache, pessimistisch in die Zukunft zu sehn. Die Ernennung Kahrs zum Diktator, die zweifellos als vorbereitender Schritt zu seiner Erhebung zum Staatspräsidenten gedacht ist, stellt das Reich unmittelbar vor Entschlüsse. Zeigt es gegen Bayern Energie, so ist kein Zweifel, daß die Gewerkschaften ihre bayerische Gefolgschaft zum Kampf zwingen. Gibt das Reich nach – und 4 Sozialdemokraten in der Regierung lassen das eher vermuten als bezweifeln, dann werden die Völkischen ihren Exponenten zu außenpolitischen Dummheiten treiben, und – wenn das nicht schon früher kommt – Frankreich und die Tschechoslowakei werden mit der bayerischen Großmachtspielerei Schluß machen. Leider ist das Einzige, was unsereiner wünschen muß, die Erhebung der bayerischen Arbeiterschaft, dasjenige, worauf wir am wenigsten zu rechnen haben. Aber was auch wird; daran, daß dieser Ausnahmezustand tatsächlich ein Ausnahmezustand und nicht wieder eine Eingewöhnung sein wird, dürfen wir diesmal schon glauben. Das Gewitter ist ausgebrochen. Seine Schwere, seine Einschläge, seine Dauer sind zweifelhaft. Nicht zweifelhaft ist, daß es vorbeigehn wird und klare durchsichtige Luft anstelle der jahrelangen finsternen Schleier zurücklassen wird. Der letzte Akt – auch unsrer persönlichen Qualen – hat begonnen.

Niederschönenfeld, Sonnabend, d. 29. September 1923. Bis jetzt hat sich die Situation folgendermaßen gestaltet: Auf die Proklamation Kahrs und der Münchner Regierung folgte die Veröffentlichung der Verordnung selbst, die sich zwar wieder auf den Artikel 48 der Reichsverfassung stützt, aber die bemerkenswerte und garnicht mehr zweideutige Anordnung enthält, daß – außer den Gerichten, Verwaltungsgerichten und Militärbehörden – sämtliche Landes- und Reichsämtler in Bayern den Befehlen des Generalstaatskommissars unterworfen sind, der auch die gesamte Wehrmacht umstandslos anfordern kann. Das ist also die provokatorische Ignorierung der Reichsverordnung, daß alle Reichsbeamten nur Reichsbefehlen nachzukommen haben. Die erste Frage war nun, wie sich die Reichsregierung zu der bayerischen Aktion verhalten werde. Sie proklamierte zunächst gleichfalls den Ausnahmezustand über das ganze Reich, und in der ersten Proklamation wurde zugegeben, daß der überraschende Schritt der bayerischen Regierung dazu den letzten Anlaß gegeben hätte, daß sich das Reich jedoch seit Tagen schon darauf vorbereitet habe. Dann folgt die Verordnung im Wortlaut. Das ist eine Provokation von ganz ungeheuerlichem Ausmaß. Um sich »stark zu machen« werden die dieselben Artikel der Reichsverfassung außer Kraft gesetzt wie in Bayern. Zugleich werden Strafbestimmungen zur Sicherung der glorreichen Ebert-Republik erlassen, die an die Zeiten der wüstesten Barbarei erinnern. Zuchthaus schon für geringfügige Kleinigkeiten, aber für Brandstiftung, bewaffneten Aufruhr, Sprengstoffvergehen etc. die Todesstrafe. Radbruch gibt sich dazu her, Ausnahmegerichte nach Muster der von März 1921 einzusetzen und als Diktator wird ausgerechnet Herr Geßler eingesetzt. In den Landesteilen aber regieren die Reichsheergeneräle – zum Schutz der Republik! Die Verordnung trägt ausgesprochen antiproletarischen Charakter, die vorgespiegelte Tendenz gegen die Nationalisten oder gar gegen Bayern ist von weitem

als verlogene Maske zu erkennen. Dazu stimmen die Zeitungskommentare zur bayerischen Verordnung. Die kühnsten Demokraten – natürlich den »Vorwärts« eingeschlossen, sind darin einig, daß Herr v. Kahr nur zur Beruhigung der Gemüter eingesetzt ist, und man sieht schon einen »Sieg« darin, daß er die für Donnerstag einberufenen 14 Münchner Hitlerversammlungen als erste von dem Versammlungsverbot betroffen ließ, das er verkündet hat. Wie es in Wirklichkeit mit der Gegnerschaft Kahr-Hitler steht, ist jedoch aus einigen sehr charakteristischen Vorgängen dieser Tage zu erkennen. Kahrs erste Tat war die Befragung Hitlers, wie er mit seinem »Kampfbund« sich zu der Neuregelung stelle. Antwort: ein Brief mit der beleidigten Rüge, daß man ihn nicht zuvor befragt hat. Wie sich die Kampfbünde zu Kahr verhalten würden, werde davon abhängen, wie sich Kahr zu den Kampfbünden verhalte. Den Vaterländischen gegenüber hat Kahr erklärt, er werde »gegen links« regieren und bedauere, daß Hitler sich noch nicht untergeordnet habe. Wie nahe aber die feindlichen Brüder verwandt sind, zeigt sich auch daran, daß die Verbände sich jetzt in einem eignen Schrieb ausdrücklich das Ultimatum des Kampfbunds auf Entfernung des Polizeiministers Schweyer angeeignet haben und darüber hinaus auch die Wutzlhofers verlangen. Es soll mich wundern, wenn nicht in diesen Tagen schon anstelle Schweyers etwa Pöhner oder Roth berufen wird und anstelle Wutzlhofers der »Ernährungsdiktator« Schlittenbauer (Heim-Ersatz) kommt. Das Reich sagt kein Wort zu diesen Dingen, macht von dem Recht, in einzelnen Bezirken Zivilkommissare einzusetzen zwar sonst, aber grade in Bayern und in Sachsen nicht Gebrauch und freut sich, mit Bayern in schöner Duldung nebeneinander »Ordnung« zu halten. Die bayerischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften bremsen wie immer. Laßt euch nicht provozieren! Vertraut den berufenen Führern! Haltet Bereitschaft! Wartet ab! Inzwischen kann Hitler unter dem Schirm der den Ar-

beitern drohenden Todesstrafen aufs Ganze gehn. Wie wenig selbst bayerische Justizbehörden dem angeblich gesicherten Frieden trauen, sehn wir am Verhalten unsrer Festungsverwaltung. Schläffer hatte, nachdem Sandtner seiner Hanna hatte abtelegrafieren müssen, Fetsch gefragt, ob er seine Frau, die Montag kommen wollte, ebenfalls umorientieren solle. Gegen Abend bestellte man ihm, wegen des Ausnahmezustands in Bayern und im Reich könne der Besuch nicht stattfinden. Da mehrere Genossen für die nächste Zeit ebenfalls Besuch erwarteten, schrieben sie, es sei Besuchssperre verhängt, die Frauen sollen nicht kommen. Wir mußten heute bis 11 Uhr die Korrespondenz fürs alte Porto (250.000 Mark der Brief, 100.000 die Karte; vom 1. Oktober ab 2 Millionen Brief und 800.000 Karte) aufgeliefert haben. Gleich nachher kamen die Eröffnungen. Alle Briefe und Karten, in denen von Besuchssperre die Rede war, gingen zum Akt. Jedoch wurde toleranterweise gestattet, daß die Ersatzschreiben doch noch zu gleichem Satz weggehn könne[n], und zugleich wurde die Formel bekanntgegeben, die die Verwaltung wünschte, damit Beunruhigung vermieden würde: »Bei der durch die Ausnahmezustände im Reich und in Bayern gekennzeichneten Lage ist die Zulassung von Besuchern in der nächsten Zeit fraglich. Es empfiehlt sich daher, nicht ohne vorherige Anfrage Besuche kommen zu lassen.« Das illustriert die Unsicherheit der Situation klar genug: Bis jetzt ist kein eigentlicher Grund zur Besuchssperre, aber jede Stunde kann, und die nächsten Tage werden ihn sehr wahrscheinlich schaffen. Das scheint die Auffassung hier unten zu sein, die doch wohl vom Justizpalast oder von Augsburg aus dirigiert wird. – Soviel kann man sehn: Die katastrophale Niederlage an der Ruhr – bei der die Aufhebung der Verordnungen über den passiven Widerstand ungefähr der Einstellung des UBootkriegs nach dem Friedensangebot an Wilson entspricht – hat für den Bestand des staatlichen Gefüges ganz ähnliche Gefahren geschaffen

wie der Zusammenbruch 1918. Damals ließen die Regierer die Dinge laufen wie sie wollten und gaben dadurch uns Revolutionären freie Bahn. Jetzt, wo zugleich von links und rechts gegen die unmöglichen Verfassungsgebilde in Reich und Bayern Sturm gelaufen wird, versucht das Reich, Weimar zu retten – mit Noskeschen Methoden natürlich, in Bayern dagegen – ehrlicher und vielleicht auch klüger als in Berlin, gibt man dem Fallenden selbst den Tritt von oben und hilft den Restaurateuren gegen die Revolutionäre und die Konservativen von links. Erfolg oder Mißerfolg ist von vielen Imponderabilien abhängig. Die wahnwitzige Teuerung spielt dabei die größte Rolle. Gelingt es den Kahrs und Schlittenbauern, vorübergehend Brotgetreide zu billigeren Preisen auf den Markt zu werfen – was ja durch große Getreideankäufe vorbereitet sein soll, – so haben sie sehr große Chancen, obgleich eine derartige Politik der Weißwurstverteilung ans Volk natürlich nach kaum 14 Tagen zum Extrem führen müßte: die Vorräte wären verbraucht, und die Agrarier wollen die Kosten hereinbringen. Aber bei raschen Schlägen auf die Arbeiterschaft könnten solche psychischen Einwirkungen viel entscheiden. Das Reich versucht mit der Helfferich-Hilferdingschen Währungsregelung, die in statu nascendi schon zur Pleite verurteilt ist. 4 verschiedene Zahlungsmittel sollen aus der Not retten: reine Devisen für die Mammut-Ex- und Importeure, auf Warenwechsel gestütz[t]e Reichsbanknoten für das Großkapital secundum ordinem. Die neue »Bodenmark« der neuen »Währungsbank«; – zweifelhafter Qualität, da auf hypothekarischer Belastung des sehr schwankenden immobilien Besitzes fußend – für den Reichsbedarf und die bisherigen Dreckwische als »Scheidemünze« für die misera plebs. Die neue Inflation – das erkenne sogar ich Laie, dem grade für die Beurteilung aller arithmetischen Künste das Talent bedauerlich abgeht – ist also schon wieder unzweifelhaft vorbereitet, und Hilferdings letzte Manöver, die den Dollar von seinen gigantisch-

sten Höhen wieder auf 120 bis 150 Millionen heruntergedrückt hat[haben] und seit einigen Tagen dazwischen hält[halten] – machen doch nur ganz naive Seelen zufrieden. Dem ersten Blitz ist also noch kein weiterer gefolgt, und der Donner ist noch nicht verrollt. Tausend Möglichkeiten sind offen. Vielleicht gehören zu den den Lauf der Dinge beeinflussenden Imponderabilien auch die Ereignisse in Bulgarien, von wo widersprechende, aber soweit sie auf Wahrheit beruhen, recht allarmierende Nachrichten kommen. Nachdem vor etwa einem halben Jahr die Kommunisten der Bauernrevolution ganz passiv zusahen und dafür von Moskau elend gerüffelt waren, scheinen sie jetzt in Verbindung mit den damals niedergeworfenen Anhängern des getöteten Stambulijski gemeinsam gegen die Zankow-Regierung aktiv geworden zu sein. Es werden allerlei zweifelhafte Berichte gebracht und dementiert. Wenn sich aber nur das bestätigt, daß in Teilen des Landes sowjetistische Gegenregierungen etabliert werden konnten, und daß 15 000 revolutionierende Arbeiter und Bauern gegen Sofia vorrücken, dann kann man viel erhoffen. Ein Sieg der Arbeiter in Bulgarien hätte vor allem die gar nicht zu überschätzende moralische Wirkung, daß nach der Kette von konterrevolutionären und militaristischen Triumphen in Ungarn, Italien, Türkei, Spanien, Bayern dem europäischen Proletariat wieder einmal durch das Beispiel einer siegenden Revolution der Druck fatalistischer Resignation von der Seele wiche und neuer Mut neue Taten erzeugen könnte.

Niederschönenfeld, Sonntag, d. 30. September 1923.

Aus den paar Zeitungen, die gestern abend noch ausgegeben wurden, waren wichtige Veränderungen noch nicht zu erkennen. Heute kann sich jedoch viel entscheiden. In Bayern werden die von den vaterländischen Verbänden arrangierten »Deutschen Tage« nicht

verboten und also mit größtem Tamtam stattfinden. Ob dabei Zusammenstöße à la Neuburg schon zu großen Konsequenzen führen werden, ist an sich ungewiß. Wenn aber eintritt, worauf etliche Zeitungsmeld[ung]en hindeuten, daß nämlich heute die rheinischen Separatisten zur Tat schreiten, dann wäre das wohl das Signal zum allgemeinen Kladderadatsch. Die Lostrennungsbewegungen dort werden dank der durch und durch verlogenen Presseinformationen im ganzen Reich vollkommen falsch beurteilt. Zunächst werden niemals die Bestrebungen zur Schaffung eines unabhängigen Zwischenstaats zwischen Frankreich und Deutschland von denen unterschieden, die nur auf die Befreiung von der preußischen Herrschaft, also auf Konstituierung eines Bundesstaats im Rahmen des Reichs abzielen. Ferner werden den Franzosen und Belgiern dauernd Förderungen einer völligen Separation von Deutschland nachgesagt. Ich glaube, mit Unrecht. Entsteht jetzt wirklich eine rheinische Republik mit eigener Zentralverwaltung, so hätte Frankreich dabei garnichts zu gewinnen. Es müßte die Bevölkerung nicht nur sehr poussieren, sondern sie könnte dies Gebiet nicht einmal mehr als Zahlungspfand für die aus dem Versailler Vertrag erwachsenen Ansprüche behandeln. Ganz anders, wenn nur die preußische Herrschaft abgestreift wird. Dann bleibt das Rheinland haftfähiges Pfand für Deutschlands Schulden, überdies aber ein politischer Stützpunkt der Alliierten innerhalb des Deutschen Reichs, demnach in jeder Hinsicht für die französische und belgische Politik verwendbarer als bei gänzlicher Loslösung. Hier scheint aber auch der Widerstand gewisser kapitalistischer Kr[e]ise in Deutschland aufzuhören. Vor 5 oder 6 Tagen brachte der Bayerische Kurier einen Artikel – der nicht an leitende Stelle gesetzt war –, worin mit offenkundiger Sympathie von den Autonomietendenzen innerhalb des Reichs gesprochen wurde, die im Rheinland immer weitere Kreise zögen und auch gewisse rechtsrheinische Bezirke umfasse. Es

wurde behauptet, daß die Bewegung, die ganz klein anfing, allmählich auch in gut deutschen Kreisen Anklang finde, und daß sich ein Teil der rheinischen Großindustrie – ausdrücklich genannt wurde Hugo Stinnes – wohlwollend dazu stelle. Das bayerische Föderalistenblatt spricht da zum ersten Mal offen aus, wo das einigende Moment ist, auf dem die Antipreußen in Bayern und im Rheinland sich treffen. Aus den Zeitungen war leider nie sicher zu erkennen, ob die Dorten- und Smeets-Bestrebungen für die innerhalb oder außerhalb des Deutschen Reichs autonome Republik arbeiten. Vermutlich sind beide Richtungen vorhanden. Ich selber glaube viel eher an eine wirkliche große Volksbewegung antipreußischen Charakters als reichsfeindlicher Tendenz. Ich weiß doch sogar von meiner Heimat Lübeck, wie heftig die Abneigung gegen Preußentum nicht bloß in Bayern ist. Ich erinnere mich meines Eintritts ins Parchimer Gymnasium, wo ich zunächst, weil ich das mecklenburgische eu nicht sprach, für einen Preußen und daher sehr scheel angesehen wurde, bis ich als Hanseat völlig rehabilitiert dastand. Selbst die Leute im Fürstentum Lippe waren, als ich 1900 in Blomberg Apothekergehilfe wurde, zuerst dem Preußen gegenüber mißtrauisch, ließen sich aber den Lübecker durchaus gefallen. Als ich in München dann zum ersten Mal ein Zimmer suchte, klappte eine Wirtin, als sie in meiner norddeutschen Sprache ihre Antipathie gereizt fühlte, mir die Tür vor der Nase zu mit der unverblühten Erklärung: »An an Preußen vermiet i nöt!« – So ist die Stimmung im ganzen außerpreußischen Deutschland, und sie richtet sich natürlich keineswegs gegen das preußische Volk als solches, sondern vor allen Dingen gegen die preußischen Verwaltungsmethoden, für die man dann – weil sie sich anscheinend damit ohne Widerspruch abfinden – die Bewohner Preußens verantwortlich macht. Ohne Zweifel ist diese Auflehnung gegen ein System, das aus den Menschen Marionetten macht, ein gesunder Instinkt, der leider bei der deutschen